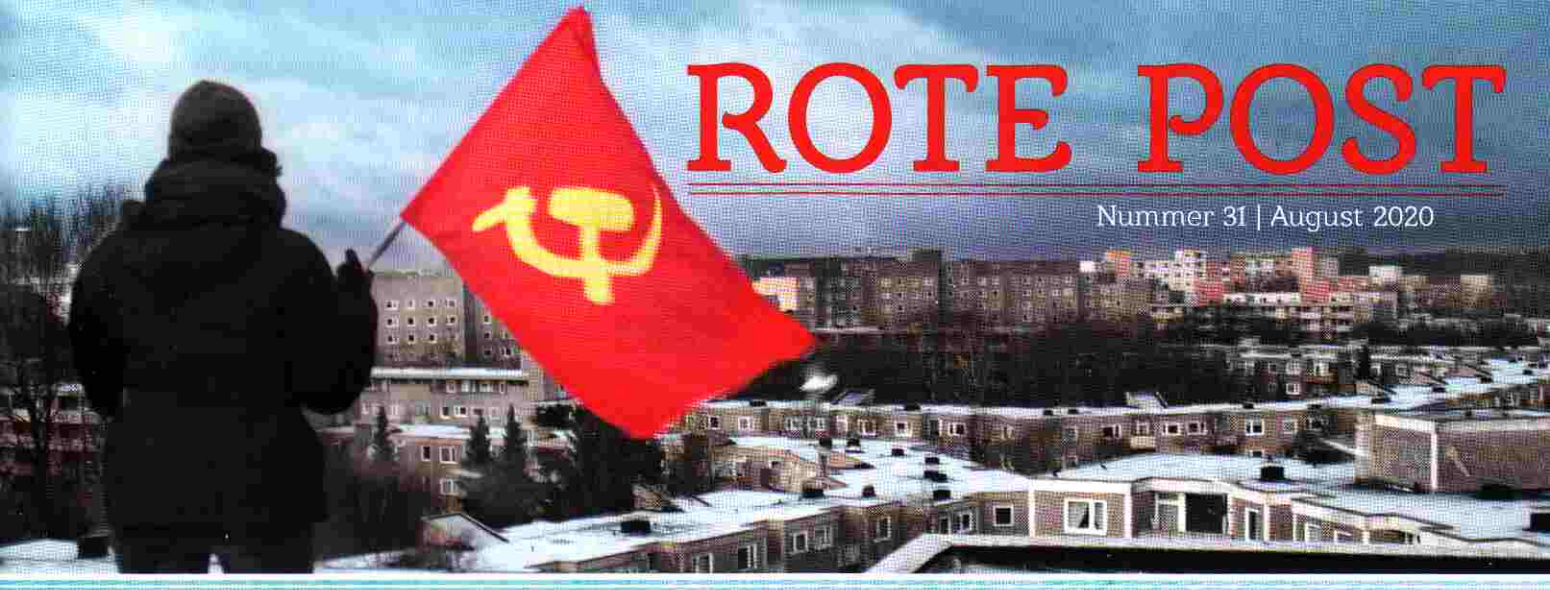


ROTE POST

Nummer 31 | August 2020

3 IMPERIALISMUS: ALLES NUR POLITIK?
International

6 AUSNAHMEZUSTAND UND KINDER
Frauen

8 VERTREIBUNGSVERSUCHE IN JENA
Thüringen

9 LEGIONELLENBEFALL IN WEINGARTEN
Baden-Württemberg

10 STAAT UND AUSNAHMEZUSTAND
BRD

13 EIN FELD AUF STEIN UND ASPHALT
Kultur

14 BERLINER SCHULCHAOS
Berlin

16 GEGEN DAS NEUE POLIZEIGESETZ!
Bremen

18 KEIN ALKOHOLVERKAUF – AUCH KEINE LÖSUNG
Hamburg

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wir eröffnen die vorliegende Ausgabe der RoPo mit der frohen Nachricht, dass uns auch Genossen aus Baden-Württemberg zum ersten Mal einen Beitrag haben zukommen lassen und veröffentlichen ihn hier mit großer Freude. Wir hoffen auf viele weitere Beiträge dieser und anderer Genossen für diese Zeitung.

Damit kommen wir zu einem anderen Thema, das für die Revolutionäre – nicht nur in der BRD – in diesen Zeiten der Krise ein große Bedeutung hat. Vielerorts entwickeln sich immer mehr Kämpfe der Massen, angefacht und verstärkt durch die ökonomische Krise des imperialistischen System und die Handhabung der Corona-Pandemie durch die reaktionären Regierungen. In der letzten Ausgabe dieser Zeitung haben wir an unterschiedlichen Stellen deutlich darauf aufmerksam gemacht. Unsere Klasse – die Arbeiterklasse, das Proletariat – kämpft an unterschiedlichen Fronten, in diesem Land und auf der ganzen Welt. Es wird deutlich, dass es für sie keine Alternative gibt als die Revolution. Das ist der Standpunkt unserer Klasse, ihr Klassenstandpunkt. Doch woran es in der revolutionären Bewegung in diesem Land oftmals mangelt, ist genau dieser Klassenstandpunkt. Der proletarische Klassenstandpunkt zeichnet sich aus durch den Drang zur Revolution, alles und jeden in Bewegung zu setzen, um die dringenden Aufgaben unserer Klasse tatsächlich zu lösen – was in der BRD vor allem die Rekonstitution der Kommunistischen Partei ist. Stattdessen sieht man sich, trotz Zeiten des Ausnahmezustands, oft mit Trägheit konfrontiert. Statt einer dynamischen Situation, die den Kämpfen des Proletariats und des Volkes gerecht wird, eine Haltung, als ob dieses imperialistische System für die Ewigkeit wäre und Revolution nur eine schöne Erzählung, die man vorträgt, wenn man sich wichtig machen möchte. Es wird bestanden, auf der Mentalität kleiner Zirkel zu beharren, statt die Reihen um die Vorhut des Proletariats zu schließen. Die Diskussionen, die Zweilinienkämpfe, die Spießigkeit, die Verantwortungslosigkeit gegenüber unserer Klasse: Die gleichen wie gestern – als hätte es keine Entwicklung gegeben.

Aber Genossen, die Situation entwickelt sich, ob ihr das wollt oder nicht. Die Klasse kämpft, ob ihr dabei seid oder nicht. Also Genossen: schreitet vorwärts, kämpft, nehmt den Standpunkt unserer Klasse ein und drängt vorwärts, die Revolution zu machen. Der Standpunkt des Proletariats ist Teil seiner Ideologie – dem Maoismus – genau wie seine Methode und seine Weltanschauung. Und er ist das, was uns zum Kampf treibt. Unsere Ideologie ist nicht eine theoretische Spielerei und nicht das schön klingende Wort, bei dem die Rhetorik zählt, sondern bedeutet Tat und bedeutet Kampf. Es bedeutet die Aufgaben, die die Revolution stellt, anzupacken und das mit Verantwortungsgefühl und Sorgfalt. Das ist nicht eine Frage der Moral, der „objektiven Richtigkeit" oder ähnlichem, sondern eine Frage des Standpunktes (an erster Stelle!), der Methode und der Weltanschauung.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

IMPERIALISMUS: ALLES NUR POLITIK?

Kriege, Interventionen, Sanktionen, Aggression – alles Alltag in diesem System. Sie sind ein fester Bestandteil des Imperialismus und haben in der Geschichte und auch heute noch immer wieder die Grausamkeit der imperialistischen Bestie gezeigt. Doch Imperialismus bedeutet nicht nur Krieg und Interventionen. Der Imperialismus ist ein weltumspannendes ökonomisches System – das System, in dem wir heute Leben. Der Krieg ist nicht der Kern der ganzen Sache. Wenn man Imperialismus einfach nur als Krieg und Interventionen begreift, sieht man Imperialismus lediglich als eine Politik der Bourgeoisie. Das führt zu falschen Ideen, wie z.B. dass der Neoliberalismus das angebliche Hauptproblem ist. Wenn Imperialismus einfach eine Politik wäre, dann hieße das, dass die Bourgeoisie diese auch einfach ändern könnte und aufhören könnte, imperialistisch zu sein. Folglich würde das heißen, dass man dieses System gar nicht stürzen müsste und es keine Revolution braucht, sondern einfach einen Tapetenwechsel in der Politik der Bourgeoisie, um Kriegen für immer ein Ende zu setzen. Dieses falsche Verständnis des Imperialismus trennt ihn vollständig von seinen Wurzeln, die in der Ökonomie liegen – doch die Politik folgt der Ökonomie.

Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus, bildete sich um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert heraus. Das ökonomische Fundament und das Wesen des Imperialismus ist der Monopolismus, also die Ablösung der freien Konkurrenz, mit der der Kapitalismus geboren wurde, durch das Entstehen von Monopolen. Als das letzte Stadium des Kapitalismus hat der Imperialismus eine besondere historische Bedeutung – mit seinem Anfang bricht gleichzeitig das Ende der Bourgeoisie an, die mit ihm vom Angesicht der Erde gefegt werden wird. Definiert hat W.I. Lenin, Führer der Oktoberrevolution in Russland, den Monopolismus und den Prozess seiner Entstehung in seinem Werk *„Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“* (1916) in fünf grundlegenden Punkten:

„1. Kartelle, Syndikate und Truste; die Konzentration der Produktion hat eine solche Stufe erreicht, daß sie diese monopolistischen Kapitalistenverbände hervorgebracht hat;

2. die Monopolstellung der Großbanken: drei bis fünf Riesenbanken beherrschen das ganze Wirtschaftsleben Amerikas, Frankreichs, Deutschlands;

3. die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch die Truste und die Finanzoligarchie (Finanzkapital ist das mit dem Bankkapital verschmolzene monopolistische Industriekapital);

4. die (ökonomische) Aufteilung der Welt durch internationale Kartelle hat begonnen. Solcher internationalen Kartelle, die den gesamten Weltmarkt beherrschen und ihn „gütlich“ unter sich teilen – solange er durch den Krieg nicht neu verteilt wird –, gibt es schon über hundert! Der Kapitalexport, als besonders charakteristische Erscheinung zum Unterschied vom Warenexport im nicht-monopolistischen Kapitalismus, steht in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und der politisch-territorialen Aufteilung der Welt;

5. die territoriale Aufteilung der Welt (Kolonien) ist abgeschlossen.“

Dass Lenin diese Analyse vorgenommen hat, liegt nun über 100 Jahre zurück, und dennoch hat sie keineswegs an Aktualität verloren. Und auch heute müssen wir sie studieren und verstehen, um die sich zuspitzenden Widersprüche dieses Systems in allgemeiner Krise zu verstehen und richtig zu agieren. Um den Monopolismus besser zu verstehen, kann man sich heute etliche Beispiele anschauen. Ein sehr gutes Beispiel ist die Autoindustrie. Heutzutage gibt es nur noch wenige, aber große Unternehmen wie General Motors, BMW, Volkswagen oder Toyota, die den Weltmarkt unter sich aufteilen; früher war das eine ganze Reihe an Autokonzernen. In ihrem Besitz befinden sich beinahe alle anderen bekannten Automarken. Allein der Volkswagen-Konzern besitzt Marken wie Porsche, Audi, Seat, Skoda, MAN, Lamborghini und viele weitere. Doch damit nicht genug. Auch andere Firmen wie Logistikunternehmen oder Zulieferer sind vollkommen abhängig von den Monopolen der Autoindustrie. So ziehen sie einen langen Rattenschwanz der Abhängigkeit hinter sich her und zeigen die Macht auf, die durch eine so hoch konzentrierte Produktion entsteht.

Die Autokonzerne bilden durch Kapitalistenverbände wie Kartelle, Syndikate oder Truste ein internationales Monopol, das den Weltmarkt sowie Rohstoffquellen oder Land unter sich aufteilt. So konzentriert sich viel Kapital in den Händen weniger Großkonzerne. Solche Kartelle gibt es nicht nur in der Autoindustrie, sondern erwiesenermaßen in jeder Branche der Industrie. Es mag absurd klingen, aber ob Kaffeekartell, Gaskartell, Bananenkartell, Schienenkartell usw. usf., es ist alles dabei. Auf dem Papier sind sie verboten. In der BRD gibt es mit dem Kartellamt eine ganze Behörde, die angeblich dazu da ist, Kartelle zu verfolgen und unter Strafe zu stellen, doch gemessen an der Anzahl an tatsächlichen Kartellen, jenen, die „aufgedeckt" wurden, und den lächerlichen Strafen, die verhängt werden (diese sind in der Regel nur ein Bruchteil von dem, was die Bildung eines Kartells den beteiligten Unternehmen tatsächlich eingespielt hat), zeigt sich, dass diese Behörde nur jene Fälle verfolgt, in denen die Kartellbetreiber so weit gegangen sind, dass andere Unternehmen, die nicht beteiligt waren, große Nachteile erlitten haben und/oder sogar die Effizienz des gesamten Systems auf dem Spiel stand. Somit ist der Zweck dieser Behörde nicht, Kartelle komplett zu unterbinden, sondern nur denjenigen, die gegen das Gesamtinteresse der Imperialisten verstoßen, ein bisschen auf die Finger zu klopfen. Nun wird im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise selbst diese Funktion immer mehr ausgehebelt. So wurde es der Pharmaindustrie und der Autoindustrie in Deutschland erlaubt, sich zu koordinieren und gemeinsame Schritte zu beschließen unter dem Vorwand, die Rezession abzufedern.

Eine äußerst wichtige Rolle bei der Entwicklung der konzentrierten Produktion und der monopolistischen Kapitalistenverbände spielt auch das Kapital der Banken, bzw. die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital. Diese Verschmelzung zeigt sich zum Beispiel anhand der Geschichte der Deutschen Bank. Schon wenige Jahre nach ihrer Gründung begann sie in den 1880er Jahren mit Investitionen in die deutsche Industrie. Darunter große und bis heute sehr bekannte Unternehmen wie die Chemiekonzerne BASF und Bayer, der Elektrokonzern AEG oder Siemens. Diese Verflechtungen mit der Industrie zogen sich weiter durch die Geschichte der Deutschen Bank. So besaß sie später noch Anteile an Unternehmen wie Karstadt, Continental, Daimler oder Allianz. Heute ist die Beteiligung der Deutschen Bank an Großunternehmen um einiges verworrener. Sie hat ihre letzten direkten Anteile

Monopol Volkswagen mit den wichtigsten Tochtergesellschaften

an Unternehmen 2008 vollständig verkauft, besitzt seit Mai 2018 aber z.B. die Postbank, die mit einem Tochterunternehmen der Deutschen Bank verschmolzen ist. Die Postbank besitzt wiederum Aktien von Bayer und Siemens. Dazu kommen sogenannte Beteiligungsgesellschaften, über die die Deutsche Bank Anteile an Unternehmen und Konzernen hortet. So laufen die Beteiligungen nicht mehr unter dem Namen „Deutsche Bank", verfolgt man die Verflechtung aber zurück zu ihrem Ursprung, landet man bei den Deutsche-Bank-Towers im Frankfurter Bankenviertel. Die

Verflechtungen ziehen sich durch alle Branchen und Zweige der Industrie. Die tiefe Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals zeigt sich mit dem Vermögensverwalter BlackRock aus den USA sehr eindrücklich in nur einem einzigen Unternehmen. BlackRock verwaltet insgesamt rund 7,4 Billionen

US-Dollar weltweit. Sie sind beteiligt an tausenden Unternehmen auf der ganzen Welt, darunter auch alle 30 DAX-Unternehmen und somit auch die Deutsche Bank. Das zeigt einmal mehr die Verworrenheit der verschiedenen Beteiligungen von Banken und Konzernen und die Verschmelzung ihres Kapitals zum Finanzkapital.

Die heutige Situation auf der Welt ist, dass einige wenige imperialistische Länder – z.B. die USA, Deutschland, Russland oder China – die unterdrückten Nationen, d.h. die Länder Afrikas, Lateinamerikas und weite Teile Asiens, in vollständiger ökonomischer Abhängigkeit halten und ausbeuten. Der Kapitalexport des imperialistischen Finanzkapitals und damit einhergehend der bürokratische Kapitalismus, der in den unterdrückten Nationen entfaltet wird, bilden die Grundlage der Ausbeutung dieser Länder. Es gibt nicht einmal mehr das kleinste Fleckchen Erde, das nicht durch die Imperialisten aufgeteilt wurde. Gerade deswegen wird immer wieder eine Neuaufteilung notwendig, vor allem ökonomisch, also in Frage der Ausbeutung der Völker und der Rohstoffe. Diese Neuaufteilungen können in einem Krieg enden. Die besten Beispiele dafür sind die beiden Weltkriege, die Deutschland zweimal im Versuch, seine Machtstellung auszubauen, gegen seine imperialistischen Konkurrenten entfachte.

Diese Punkte, die die Grundlage des Imperialismus, seine ökonomischen Merkmale, ausmachen, zeigen, dass der Imperialismus nicht nur eine einfache Politik einiger Länder ist. Er hat sich die Welt Untertan gemacht, und jede Politik, die innerhalb des Systems gemacht wird, dient ihm auf die eine und die andere Weise. Wird er als Politik verstanden, öffnet sich Raum für revisionistische Theorien, wie die des Neoliberalismus als Grundlage für wachsende Ausbeutung und Unterdrückung; die zunehmende Privatisierung und komplementierend der Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen Angelegenheiten seien dieser Annahme zufolge der Grund allen Übels im Imperialismus. Der Neoliberalismus ist aber lediglich eine ökonomische Politik, die einer bestimmten Fraktion der Bourgeoisie dient. Auch wenn der Staat sich beteiligt und die Wirtschaft reguliert, steht man nicht auf einmal auf einer „sozialen Grundlage". Aber wie wir gezeigt haben, ist das Hauptsächliche auch im Imperialismus die Ökonomie, und all die Kriege, Interventionen, Sanktionen, Vertreibungen und Zerstörungen sind unmittelbare Folgen dieser Ökonomie. Genauso ist die Politik ein Mittel zur Durchsetzung des Imperialismus. Die Politik der Imperialisten entspricht den Notwendigkeiten, dieses ökonomische System aufrechtzuerhalten, dem Interesse der Bourgeoisie, weiter auf dem Rücken der Völker der Welt zu leben. Daher muss nicht nur die jeweilige Politik, sondern die ganze Basis, das gesamte ökonomische System, zerschlagen werden. •

DER AUSNAHMEZUSTAND SCHADET UNSEREN KINDERN

Nach Wochen, die wir zuhause eingepfercht wurden, füllen sich endlich wieder die Spielplätze. Der Ausnahmezustand wurde gelockert, natürlich erst einmal unter Vorbehalt. Für die meisten Mütter, mit denen ich mich auf den Spielplätzen unterhalte, bedeutet dies vorerst das Ende einer massiv belastenden Zeit. Sie alle erzählen davon, wie ihre Kinder in der Zeit des richtig krassen Ausnahmezustandes nicht mehr zur Schule oder in den Kindergarten durften, wodurch ihnen die tägliche Routine verloren ging. Auch, dass den Kindern der Umgang mit ihren Freunden verboten wurde, sorgte mit dafür, dass es unseren Kindern immer schlechter ging. Mit der Zeit wurden ihre Kinder immer unruhiger, wussten nicht mehr, wohin mit ihrer Energie und stritten sich häufiger mit ihren Geschwistern. Die Kinder, die schon zur Schule gehen, waren total gestresst davon, so viel Lernstoff alleine bewältigen zu müssen, und verloren irgendwann komplett die Motivation.

Von vornherein war doch klar, dass sich der Ausnahmezustand negativ auf unsere Kinder auswirken würde. Und das hat jetzt auch eine Studie des Hamburger Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf bestätigt. Die Ergebnisse der COPSY (**Co**rona und **Ps**yche)-Studie sind so deutlich, dass selbst die verantwortlichen Wissenschaftler erschrocken sind. Bei der Studie wurden etwa 2500 Kinder und Eltern befragt, wie sie die aktuelle Situation empfinden, und die Ergebnisse zeigen ganz klar, wie belastend die Situation für unsere Kinder ist.

71 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen fühlen sich durch die Maßnahmen äußerst belastet. Zwei Drittel von ihnen geben eine verminderte Lebensqualität und ein geringeres psychisches Wohlbefinden an, was eine Verdopplung zu der Zeit vor dem Ausnahmezustand darstellt. Für zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen sind die Schule und das Lernen anstrengender als vor dem Ausnahmezustand. Sie haben Probleme, den schulischen Alltag zu bewältigen und empfinden diesen teilweise als extrem belastend.

Das Risiko für psychische Auffälligkeiten steigt von rund 18 Prozent vor den Corona-Maßnahmen auf 31 Prozent während der Krise. Die Kinder und Jugendlichen machen sich mehr Sorgen, um die 20 % der Kinder zeigen Auffälligkeiten wie Hyperaktivität, emotionale Probleme und Verhaltensprobleme. Und die Auswirkungen sind nicht nur psychisch, sondern auch körperlich.

Und dann kommt das besonders Interessante, nämlich, dass die Forschung belegt, dass es zwischen den Kindern verschiedener gesellschaftlicher Klassen deutliche Unterschiede gibt. So heißt es:

„Vor allem Kinder, deren Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss beziehungsweise einen Migrationshintergrund haben, erleben die Corona-bedingten" Veränderungen als äußerst schwierig. Fehlende finanzielle Ressourcen und ein beengter Wohnraum führen ebenfalls zu einem hohen Risiko für psychische Auffälligkeiten. Mangelnde Rückzugsmöglichkeiten und fehlende Tagesstruktur können besonders in Krisenzeiten zu Streit und Konflikten in der Familie führen."

Da steht es: Unsere Kinder leiden besonders darunter. Mit „niedrigen Bildungsabschluss" und „Migrationshintergrund" sind wir, die Arbeiterklasse in diesem Land, gemeint. Wir haben keinen großen Garten, in dem unsere Kinder spielen können. Unsere großen Kinder müssen auf die Kleinen aufpassen, weil wir kein Homeoffice machen können. Dass die Kinder, deren hauptsächliche Möglichkeit, um sich zu bewegen und Freunde zu treffen, der Spielplatz ist, während Spielplatzschließungen unausgelastet sind, ist klar. Natürlich sind die Kinder total überfordert mit der Situation und kommen schlecht klar.

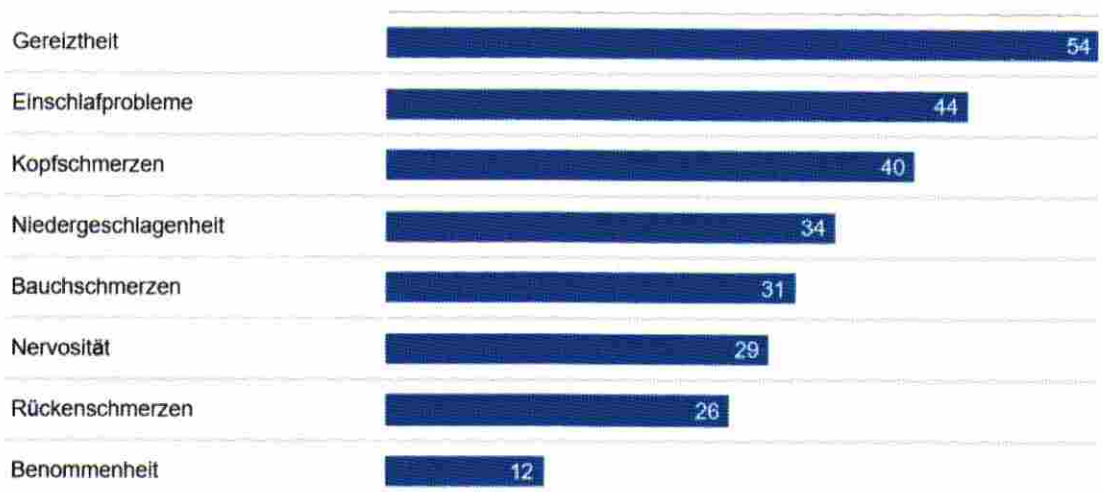
Nach dem bisherigen Erkenntnisstand ist der Verlauf einer ohnehin relativ unwahrscheinlichen Erkrankung infolge einer Corona-Infektion bei Kindern im Allgemeinen sehr milde. Unsere Kinder leiden also grundlos unter all den Maßnahmen, die man gegen sie richtet. Ihnen wurde der Sportclub, das Jugendzentrum - jede Möglichkeit, sich legal zu treffen, genommen. All dies wird entschieden, ohne, dass sie jemals dazu gefragt oder zu Wort gekommen lassen werden. Und da sind wir Eltern auch mit für verantwortlich. In dieser Gesellschaft wird so getan, als wären Kinder nicht in der Lage, die Situation, die aktuell vor sich geht, zu begreifen und selbstständig

Entscheidungen zu treffen. Kinder sind aber keine hilflosen Wesen, die vor der Realität geschützt werden müssen. Sie verstehen es sehr gut, wenn etwas falsch läuft und sie haben das Recht, dies festzustellen und Lösungen für die Probleme zu finden. Jeden Tag sehen die Kinder doch in ihrer Nachbarschaft, dass es nicht nur ihnen allein schlecht geht, sondern, dass die anderen das Gleiche erfahren. Wenn das Jugendzentrum also wieder schließt, betrifft das viele Kinder. Warum sollten sich die Kinder dagegen nicht zusammentun und sich austauschen über die konkreten Probleme und diskutieren, wie man z.B. die Forderung, dass das Jugendzentrum wieder aufmacht, durchsetzen kann? Wieso sollten sie sich nicht organisieren? Genügend Probleme gibt es auch bei den Kindern. Schlechte und kaputte Spielplätze, Schimmel in den Schulräumen, dass der Sportverein dicht macht oder dass unsere Kinder grundlos von der Polizei kontrolliert werden. Diese ganzen Dinge richten sich direkt gegen unsere Kinder und das merken sie auch. Und eigentlich immer steckt in den Kindern der Drang, gegen diese Ungerechtigkeiten vorzugehen und so steckt in ihnen auch der Drang, die Ausbeutung und Unterdrückung zu bekämpfen.

Unterschiedliche Menschen haben ihre Organisationen: Arbeiter, Frauen, Studenten usw. Warum sollten Kinder nicht ein Recht Organisationen haben, in denen sie dafür kämpfen, dass nie wieder jemand ausgebeutet und unterdrückt wird. Kinder können das sehr gut verstehen und dadurch, dass sie so wenig, im Vergleich zu uns Erwachsenen, von dieser alten Gesellschaft mitbekommen haben, auch andere, neue Ideen entwickeln. Gerade jetzt, wo stürmische Zeiten anstehen, ist es wichtig, sie darauf vorzubereiten. Dazu fällt mir eine Stelle aus dem Buch „Die Hälfte des Himmels ein" (in RoPo-Ausgabe #26 wurde dazu eine Rezension dazu veröffentlicht), die mich tief beeindruckt hat; die Autorin [Claudi Broyelle] beschreibt dort folgendes:

„Das erinnert mich an jenen kleinen Vietnamesen, den wir in einem Bericht über Nordvietnam im Fernsehen gesehen hatten; man sah die Kinder beim militärischen Training, wie sie lernten, eine Granate zu entsichern, sich organisierten, um ohne Panik in den Bunker zurückzukehren, etc. Der Journalist hatte gefragt: „Aber findest du, dass das die richtigen Beschäftigungen für ein Kind sind, diese militärischen Vorbereitungen? Und das Kind hatte geantwortet: „Glauben Sie, dass die amerikanischen Bomben die Kinder verschonen werden? Glauben Sie, dass die Kinder außerhalb des Krieges bleiben können, wenn das ganze Land angegriffen wird? Nein! Darum ist es wichtig, dass die Kinder bewaffnet werden und lernen, dem Aggressor Widerstand zu leisten.""

Auch die aktuellen Beispiele der Volkskriege, der Volkskämpfe, der nationalen Befreiungsbewegungen, kurz, überall wo für die gerechte Sache gekämpft wird, beteiligen sich Kinder und Jugendliche. Und machen wir uns nichts vor, eine Revolution ist nichts gemütliches und sanftes, und es ist notwendig, die Kinder darauf vorzubereiten. Und vielleicht sind sie auch die Generation, die das Glück haben wird, eine andere, eine neue Gesellschaft zu erleben. Um diese zu erkämpfen und aufzubauen, müssen wir unseren Kindern das Recht zugestehen, sich aktiv an der Revolution zu beteiligen und sich in den Reihen des Proletariats zu organisieren. •



Anteil der 11- bis 17-jährigen Befragten (COPSY-Studie) mit Symptomen

VERTREIBUNGSVERSUCHE IN JENA

Nachdem so mancherorts in der BRD schon vor vielen Wochen Sperrgebiete errichtet worden sind, in denen der Konsum von Alkohol verboten ist, gibt es eine solche Zone nun auch in Jena. Seit dem 14. August darf auf den Treppen der Wasserachse im Arbeiterviertel Jena-Winzerla kein Alkohol mehr getrunken werden. Der vorgeschobene Grund unterscheidet sich jedoch von den in den vielen anderen Städten. In Jena ist es tatsächlich nicht Corona – was in den letzten Monaten sonst ja bekanntlich als Ausrede für alles genutzt worden ist. Laut Stadtverwaltung habe es vor allem vor der Friedrich-Schiller-Schule immer wieder Situationen gegeben, die nicht mehr zu tolerieren seien. Sie redeten davon, Jugendliche hätten herumgepöbelt, sich geprügelt und überall Glasscherben und Zigarettenkippen hinterlassen. Folge ist nun die Sperrzone im Viertel.

Was die Stadt durch das Alkoholverbot schafft, ist, dass sie den Jugendlichen aus dem Viertel ihren Treffpunkt nehmen. Sobald ein solches Verbot gilt, wird seine Einhaltung selbstverständlich auch von den Bullen kontrolliert. Selbst wenn nicht getrunken wird, wird die Polizei willkürlich vorbeikommen und Jugendliche schikanieren, schließlich könnte ja jemand etwas dabei haben. Das führt zur Vertreibung der Jugendlichen aus Winzerla von den Treppen an der Wasserachse. Dass tatsächlich der Müll und das angeblich schlechte Verhalten der Jugendlichen der Grund für die Maßnahmen der Bullen sind, ist genauso scheinheilig wie vorgeschoben. Natürlich sind wir auch nicht dafür, dass Orte in unseren Vierteln verdreckt werden, und vor allem nicht Grundschulen, an denen die Kinder unserer Klasse zur Schule gehen. Doch die Jugendlichen sind alles andere als das Problem. Und der Staat, also in diese Fall die Jenaer Stadtverwaltung, hat mit seinen Maßnahmen auch nicht das Ziel, die Sauberkeit des Viertels zu gewährleisten. Man muss die allgemeine Sperrzone in Winzerla in ihrem konkreten Kontext einordnen, und das ist der Ausnahmezustand in der BRD. Sie versuchen, den Jugendlichen im Viertel ihren Treffpunkt zu nehmen um jegliche Ansätze für Rebellion von vornherein im Keim zu ersticken. Denn welches kämpferische Potential in der Jugend unserer Klasse schlummert, haben wir in den letzten Wochen in Stuttgart und Frankfurt bereits sehen können. Dieses Potential bricht schnell aus, wenn sich in Zeiten der ökonomischen Krise wie jetzt, die Situation der proletarischen Jugend zunehmend verschlechtert.

Was die Herrschenden nun in Winzerla versuchen, ist, einen Keil zwischen die Bewohner des Viertels zu treiben und Widersprüche zu befeuern. Die Jugend wird zur Zielscheibe. Gerade dann, wenn der Frust und die Wut tief sitzen, weil man immer noch auf Kurzarbeit ist, seine Arbeit oder Ausbildung verloren hat und im Allgemeinen unter der ökonomischen Krise leidet, versucht die Bourgeoisie, diese Spaltung im Volk voranzutreiben. Sie versuchen, von den Problemen abzulenken, die sie verursachen, von der Krise, die sie zu verantworten haben, und deren Last sie auf unsere Schultern abladen. Sie konstruieren Schuldige und Sündenböcke und treiben uns so auseinander. Denn eine gespaltene Klasse kann sich nicht gemeinsam wehren. So müssen wir die Tricks der Bourgeoisie verstehen, anstatt auf sie reinzufallen. Zusammenstehen ist jetzt wichtig, ob in Winzerla oder sonst wo. •

Jena-Winzerla

LEGIONELLENBEFALL IN WEINGARTEN

Schon seit Jahren ist die Situation im Auggener Weg in Freiburg-Weingarten die gleiche: Die Hausnummern 2-6 wurden 2006 von der Freiburger Stadtbau an die Gagfah verkauft mit der Auflage, sie zu sanieren. Seitdem hat sich für die Anwohner nichts zum Guten geändert. Die Häuser, die schon damals in miserablem Zustand waren, hat man einfach weiter vor sich hinrotten lassen. Seit 2015 gehört nun die Gagfah und damit auch die Häuser zur Vonovia.

Wie bereits erwähnt, hat sich an den Problemen, die seitdem bestehen, nichts geändert. Während Vonovia Milliardenumsätze macht, lassen sie ihre Mieter in elenden Löchern wohnen und verlangen dabei völlig unverhältnismäßige Mieten. Die Häuser sind uralt und seit Ewigkeiten nicht saniert worden. In einigen Wohnungen gibt es Löcher im Boden, überall im Haus sind Platten aus krebserregendem Asbest verbaut. Viele Heizungen heizen entweder gar nicht oder nur auf höchster Stufe. Im Winter sind die Wohnungen dann meist sowieso kalt, weil die undichten Fenster die Wärme nicht halten können. Seit Herbst 2018 gibt es jetzt auch ein Problem mit durch Legionellen verschmutztem Trinkwasser. Dieses Dreckwasser schädigt unsere Leute. Vor allem Alte und Kinder sind betroffen und werden krank.

Mittlerweile hat Vonovia einige Scheinmaßnahmen ergriffen, die die Mieter ruhigstellen sollen. Zum Beispiel wurden Filter eingebaut, die es angeblich ermöglichen sollen, das Wasser ohne Probleme zu gebrauchen. Diese Filter sollen regelmäßig gewechselt werden, was aber oft nicht passiert. Die Legionellenwerte sind außerdem trotz Filtern nach wie vor erhöht. Wenn man den Wasserhahn aufdreht, kann man oft sehen, wie schmutzig das Wasser ist, das man angeblich ohne Bedenken trinken kann. Um die eigene Gesundheit nicht zu gefährden, kaufen die Bewohner der Häuser also Wasser im Supermarkt. Das ist zwar teurer aber immerhin nicht giftig. Vonovia erklärt dazu, man müsse eben einfach jeden Tag den Wasserhahn für mehrere Minuten laufen lassen, um sauberes Wasser zu bekommen. Als wären die Mietkosten nicht sowieso schon hoch genug, sollen die Mieter jetzt auch noch ihre Wasserkosten in die Höhe treiben, nur damit sie am Ende vielleicht etwas saubereres Wasser haben? Und wenn man mal ein paar Tage wegfahren möchte, was dann? Dass diese Lösung nicht praktikabel ist, ist offensichtlich.

Und trotz all der Mängel steigt die Miete seit Jahren drastisch an. Seit die Häuser der Vonovia gehören, wurden die Nebenkosten massiv erhöht. Wo einige früher sogar Geld zurückbekommen haben, müssen sie jetzt hunderte Euro draufzahlen. Und wofür? Für einen Reinigungsdienst, der nie putzt? Für kaputte Heizungen, die die Wohnungen nicht mit der notwendigen Wärme versorgen? Für schmutziges Wasser, das krank macht? Statt sauberen Wasserleitungen gibt es jetzt einen neuen Spielplatz.

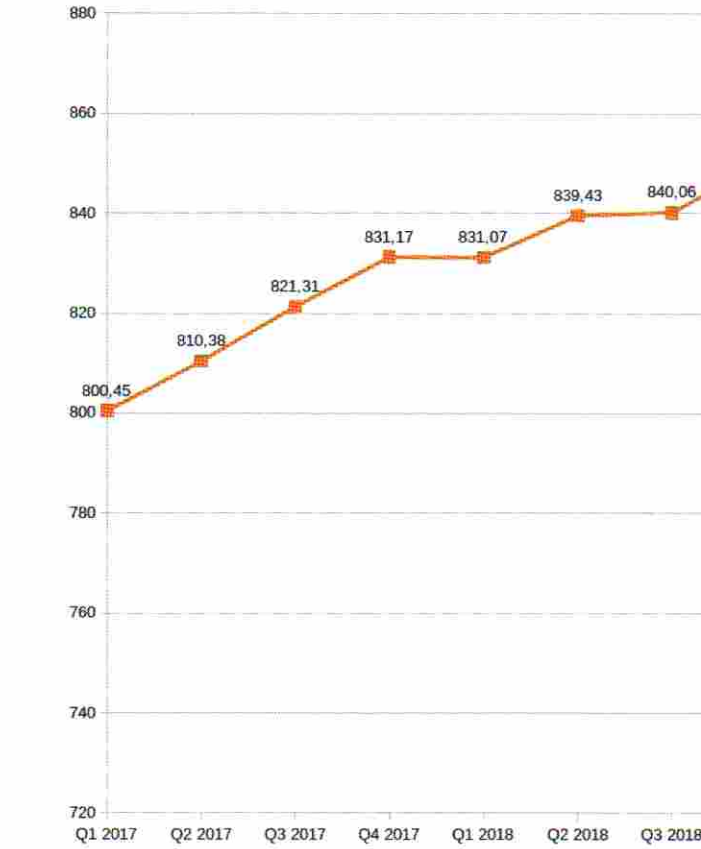
Schon lange gibt es Unmut über diese untragbaren Zustände, und einige Anwohner haben in der Vergangenheit auf unterschiedliche Art und Weise versucht, die Lage zu verbessern. Zu diesem Zweck hat man mit den Verantwortlichen das Gespräch gesucht, und auch die Badische Zeitung und der SWR haben in der Vergangenheit über die Lage berichtet. Bereits 2016 wurde in einem von der Stadt beauftragten Gutachten festgestellt, dass die Gagfah ihrer Sanierungspflicht nicht nachgekommen ist. Und das Ergebnis? Gar nichts! Keinerlei Konsequenzen für Vonovia. Auch die geheuchelte Anteilnahme einiger Lokalpolitiker nützt den Leuten nichts. Da können die noch so sehr die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und betonen, wie schlimm doch alles ist. Das ändert nichts an der konkreten Situation der Leute. Viele sind mittlerweile einfach resigniert, weil sie sehen, dass sich nichts ändert, dass es egal ist, wie viele Gespräche sie führen und wie viele Unterschriften sie sammeln. Sie haben keine Lust mehr, ihre Zeit auf Treffen zu vergeuden, auf denen man sie anlügt und wo sie nicht ernst genommen werden.

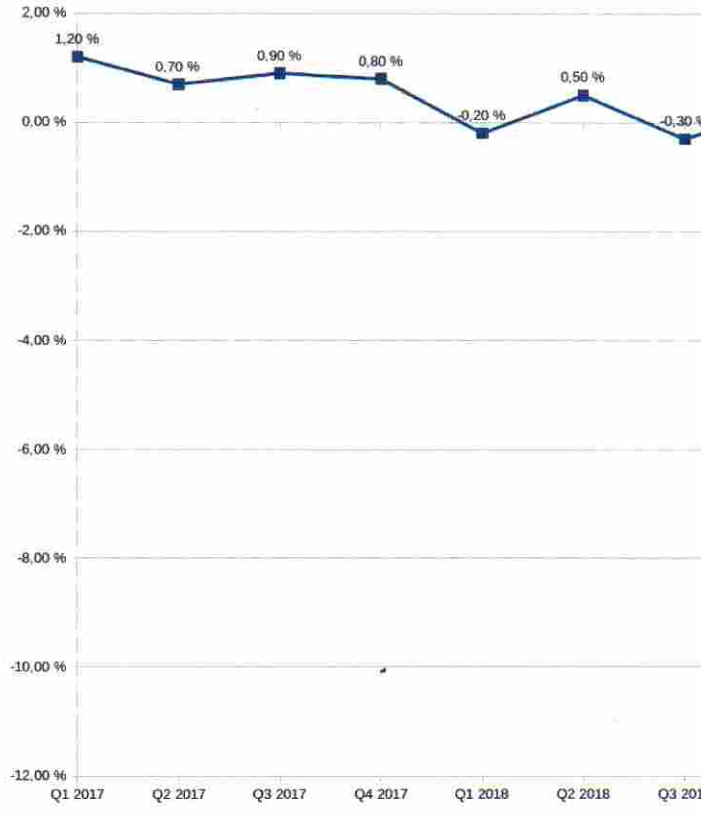
Die Erkenntnis, dass diese Methoden letztendlich ins Nichts führen, ist dabei natürlich richtig. Wir Arbeiter können nicht erwarten, dass irgendjemand unsere Probleme für uns löst. Vonovia wird uns nicht helfen, weil sie aus unserem Elend Profit schlagen. Vom Staat können wir uns nichts erhoffen, weil er eben nicht uns, der Arbeiterklasse dient, sondern den Kapitalisten. Überall in der BRD leben die Massen in heruntergekommenen Bruchbuden, während Immobilienkonzerne wie Vonovia Milliardenumsätze machen. Alleine kann man sich freilich schwer gegen große Unternehmen wehren, denn die können sich teure Anwälte leisten und einen im Zweifelsfall einfach vor die Tür setzen. Umso wichtiger ist es daher, dass wir uns als Arbeiterinnen und Arbeiter zusammenschließen.•

STAAT UND AUSNAHMEZUSTAND

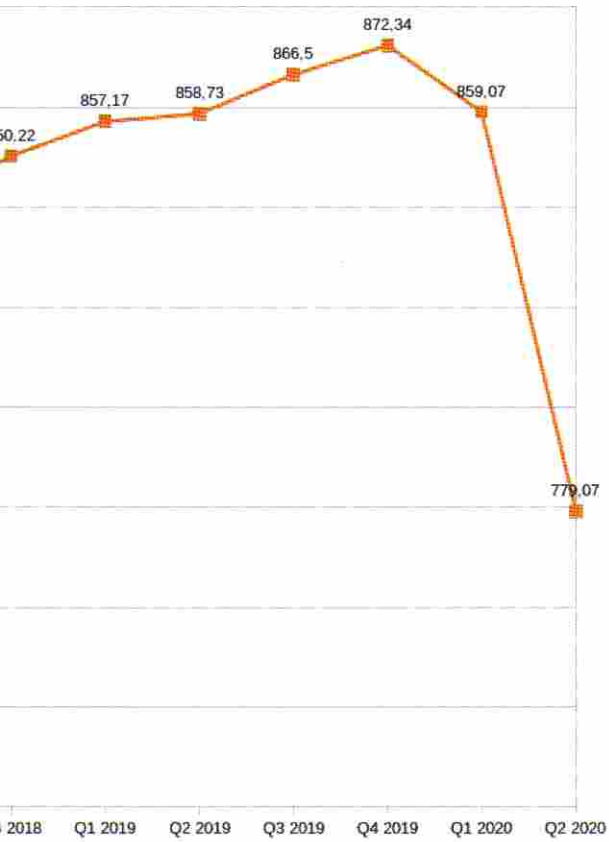
Ende März hat der deutsche Staat den Ausnahmezustand ausgerufen mit der Begründung die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen und das Volk vor den gesundheitlichen Folgen der Pandemie zu schützen. Seitdem ist vieles passiert. Millionen von Menschen wurden in Kurzarbeit geschickt oder verloren ihren Job, die demokratischen Rechte wie das Versammlungsrecht wurden beschnitten und ausgehebelt. Doch während viele anfangs noch von Bildern aus Italien oder Spanien geschockt waren und sich an die Diktate des Ausnahmezustandes hielten, ist das Vertrauen in den Staat und seine Maßnahmen mittlerweile deutlich abgeebbt. Die Illusion, dass der Staat zu Gunsten der Massen handelt, bröckelt. Das heißt, viele haben in großen Teilen verstanden und ein Bewusstsein dafür entwickelt, das die BRD mit ihrem Ausnahmezustand nicht in unserem Interesse handelt, sondern etwas anderes dahintersteckt. Wie sollte es auch anders sein, wenn man sich anschaut, wer unter den Folgen der ökonomischen Krise und des Ausnahmezustandes zu leiden hat und wer profitiert. Denn die Last der Krise stemmen sie nicht selbst, sondern laden die Last auf dem Rücken des internationalen Proletariats und der Völker der Welt ab.

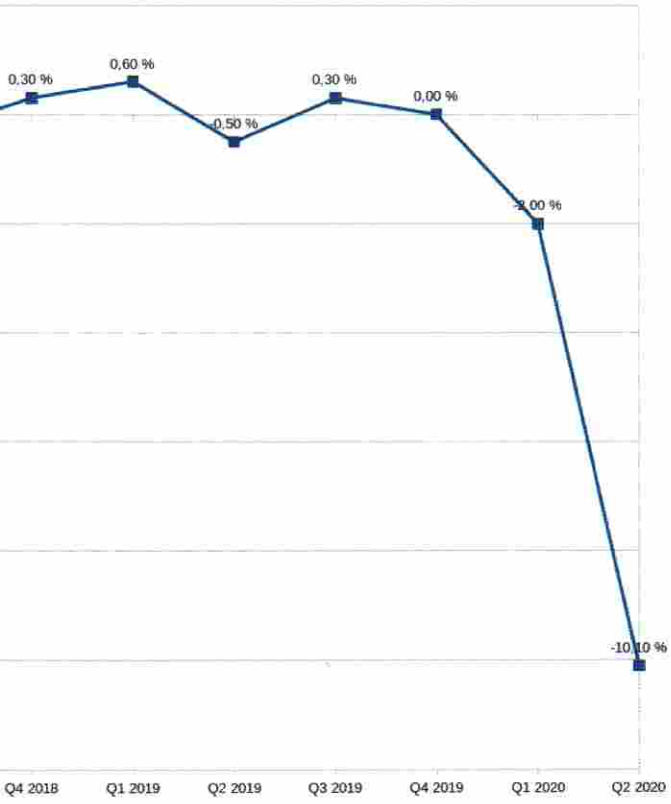
Dass der bürgerliche Staat nicht im Interesse des Proletariats und des Volkes handelt, liegt in seiner eigenen Natur. Denn was ist der Staat? Der Staat ist ein Ergebnis des Kampfes unterschiedlicher Klassen – eine, die ausbeutet und unterdrückt und eine, die ausgebeutet und unterdrückt wird. In dem Kampf zwischen diesen Klassen schafft sich die herrschende Klasse ein Werkzeug, um die beherrschte Klasse in ihrer Unterdrückung und Ausbeutung zu halten. Dieser Staat besteht aus unterschiedlichen Organen, wie z.B. Armee und Polizei, einem Heer von Beamten, einem Gesetz und vielem anderen, um die beherrschte Klasse weiter unterdrücken zu können. So war es im Verlauf der Geschichte, seitdem es Klassen gibt, das heißt, von der Sklavenhaltergesellschaft (z.B. antikes Griechenland und römisches Reich) bis heute. Heute ist in der BRD die herrschende Klasse die Klasse der Kapitalisten, die Bourgeoisie. Die beherrschte Klasse ist vor allem die Arbeiterklasse, das





oben: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbe
unten: Veränderung des BIP gegenüber dem Vorquartal





gte Werte) in Mrd. Euro nach Quartalen

Proletariat. Entsprechend ist die BRD ein Werkzeug der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung der Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats. Und die Bourgeoisie tut nichts, ohne dass es ihren Stempel trägt, wo sich nicht ihr Interesse darin ausdrückt, dass die herrschende Ordnung des Imperialismus so bestehen bleibt: Dieser Staat, diese Maschine zur Sicherung ihrer Macht, ist ein Klassenstaat. Und weil die Bourgeoisie herrscht, ist es ein bürgerlicher Staat. Die Frage zu beantworten welcher Klasse ein Staat dient, welche Klasse durch den Staat ihre Diktatur ausübt, das bedeutet es, die Frage der Staatsform zu beantworten.

Neben der Frage, welche Klasse durch den Staat ihre Diktatur ausübt, muss man auch die Frage beantworten, wie diese Diktatur konkret organisiert wird, wie der jeweilige Klassenstaat organisiert wird – das bedeutet es, die Frage der Regierungsform zu beantworten, also wie der jeweilige Staat im konkreten Fall regiert wird. Diese Regierungsform kann sich innerhalb der Staatsform beliebig oft abwechseln, je nachdem welche Notwendigkeiten für die herrschende Klasse gerade im Vordergrund stehen. Deutschland ist in diesem Fall ein gutes Beispiel, denn wenn man hier einen Blick auf die Geschichte des Staates wirft, zeigt sich, dass die Regierungsform im 20. Jahrhundert bereits mehrfach gewechselt hat (die Frage der DDR lassen wir an dieser Stelle aus). Ob konstitutionelle Monarchie, Parlamentarismus, Faschismus und wieder Parlamentarismus, in all diesen Wechseln hat sich eins nie geändert, und zwar die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Das zeigt, trotz der häufigen Wechsel der Regierungsformen hat sich der Klassencharakter des Staates – die Staatsform – nie geändert. Und auch wenn das für manche vielleicht eine bittere Pille ist, muss es doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Faschismus und parlamentarische Demokratie sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das eine schließt das andere nicht vollständig aus, weil es nicht den Klassencharakter des Staates ändert. Im Rahmen dieses Klassencharakters des Staates müssen wir auch all die Maßnahmen, die im Rahmen der Corona-Pandemie, durchgesetzt wurden, besser bezeichnet als Ausnahmezustand, betrachten. Denn

tun wir dies nicht, verlieren wir den Boden unter den Füßen und entschweben der Realität. Doch die Realität ist nicht so, wie wir sie uns wünschen oder wie sie uns gefällt.

Eine kurze Betrachtung soll diese Feststellung unterstreichen. Zwar wird weiterhin hartnäckig behauptet, der Ausnahmezustand werde zum Wohl und für die Gesundheit der Massen aufrechterhalten (zwar gibt es Lockerungen an einigen Orten, doch insgesamt ist die Tendenz, dass der Ausnahmezustand normalisiert werden soll, wie z.B. der Artikel aus Hamburg in dieser Ausgabe zeigt). Wenn dem so ist, wie kann es dann sein, dass das oberste Gebot am Anfang der Grenzschließung Ende März war, den Warenverkehr aufrechtzuerhalten und nicht um jeden Preis eine Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern. Alleine hier liegen Vermutungen nahe, dass es sich vor allem um ökonomische Interessen gehandelt hat.

Aber auch an anderer Stelle tritt diese Tatsache deutlich hervor. Wer war wohl härter getroffen vom Ausnahmezustand? Die kleinen Betriebe (Friseure, Imbisse, Kioske, usw.) mit wenig finanziellen Rücklagen, ohne einer großen Schar von Angestellten und Anwälten, die sich mit der Beantragung staatlicher Hilfen rumschlagen können. Oder die großen Monopole, denen der deutsche Staat in Rekordgeschwindigkeit Milliarden und Abermilliarden zur Verfügung stellte, um sie aus ihrer schweren wirtschaftlichen Situation zu retten, in die sie schon vor Ausrufung des Ausnahmezustands geraten waren. Die Antwort darauf fällt wohl nicht schwer. Warum wurden grundlegende demokratische Rechte, wie z.B. das Versammlungsrecht so schnell so energisch und ohne parlamentarische Zustimmung ausgehebelt, während Dienstleistung (wie z.B. Handwerksarbeit, Paketzustellung usw.) und die Produktion in den meisten Betrieben weiter aufrechterhalten wurden. Warum musste ein Großteil der direkten oder indirekten städtischen Mitarbeiter, wie z.B. in KiTas, jeden Tag am Arbeitsplatz erscheinen, egal ob Kinder in Notbetreuung waren oder nicht, wenn es angeblich das Ziel war, Infektionsketten zu durchbrechen und nachzuvollziehen. Und wenn wir gerade über Kinder sprechen – der Bourgeoisie liegt nicht einmal die körperliche Unversehrtheit unserer Kinder am Herzen, wie eine erste Studie über die Auswirkungen des Ausnahmezustandes auf die mentale und körperliche Verfassung von Kindern zeigt (s. dazu den Artikel in Kategorie Frauen). Stehen hier nicht deutlich auch die Interessen der deutschen Bourgeoisie im Vordergrund?

Nun befinden wir uns, das ist wirklich kein Geheimnis mehr, in der größten ökonomischen Krise seit dem zweiten Weltkrieg. Wem nützt da die Aushebelung grundlegender demokratischer Rechte, vor allem des Versammlungsrechts, die Kontaktsperre und dergleichen mehr am meisten. Denjenigen, die aufgrund der Krise, die schon vor Anfang des Jahres ihren Lauf genommen hat, entlassen werden, denen durch Aussperrung und Kurzarbeit der Lohn geraubt wird und die aufgrund des Ausnahmezustandes nicht in der Situation sind, legalen Protest, legalen Widerstand wie z.B. Demonstrationen, Streikkomitees und anderes zu organisieren. Oder nützt es den Kapitalisten, die nun ohne Protest und Widerstand, ohne Demonstrationen und Streiks Arbeiter in Kurzarbeit schicken und aussperren können, um ihnen ihren Lohn zu rauben. Die Massenentlassungen planen, beschließen und umsetzen konnten und können, ohne dass die Arbeiter eine Chance hatten und haben, rechtzeitig und angemessen darauf zu reagieren und diesen Angriff zurückzuschlagen, denn unter dem Vorwand von Corona halten auch die gelben Gewerkschaften einen strikten Burgfrieden. All diese Fragen lassen nur eine Schlussfolgerung zu: Der deutsche Staat, seine Gesetze und der ausgerufene Ausnahmezustand (und bis dieser wieder verschärft wird, natürlich angeblich wegen Corona, ist nur eine Frage der Zeit) dienen nur einer einzigen Klasse, der Bourgeoisie. Und das ist keine Verschwörungstheorie, denn der Klassenkampf ist keine Verschwörung. •

EIN FELD AUF STEIN UND ASPHALT

Wir veröffentlichen hier ein Gedicht über die Situation von Jugendlichen in der BRD in der ökonomischen Krise und Ausnahmezustand. Die behandelten Themen sind in großen Teilen aus der den Gesprächen beim Verkauf der Roten Post geschöpft und zusammengetragen worden.

WANJA. Gestern Abend hier am Eck
schickten uns die Bullen weg
Kopf auf die Karre, Hände auf den Rücken
sie wollen uns von der Straße kicken

SHIRIN. Letzte Woche auch passiert
war mit Freundin unterwegs – kein Abstand
Platzverweis, Strafe zahlen – Leben am Stadtrand
so wirst du bei uns schikaniert

ARTHUR. Doch bei mir war'n se noch fieser
sie meinen, ich wär Drogendealer
dass abends ich mit Cap wandel
sei wohl Grund, dass ich mit Pepp handel

WANJA. Kennt ihr den neuen Spielplatz?
ARTHUR. Den für Sport am Meierweg?
WANJA. Kein Plan, wie der jetzt hieß, man
weiß der Geier, Mensch!
Im März wurde der fertig,
dann blieb die Eröffnungsfeier weg
wegen Corona dann gesperrt, ich
sag nur Mamas Job und die Straßenbahn...
SHIRIN. ...wo man Hygiene zwar beherzigt,
doch Abstand gar nicht schaffen kann.
Und wir durften nicht in den Sportkäfig,
nicht fürs Kicken mit Abstand am Mann
nicht mal Turnen und Klettern, wir sind ja unfähig,
uns zu schützen untereinander,
drum war der Spielplatz bis Mai dicht, untätig
bevor er jemals offen war, und Wanja:

Wenn man nicht auf den Spielplatz kann,
dann braucht man doch Ersatzprogramm?!

WANJA. Genau, keine Sportanlage war offen
und in der Hood nix mit Rasenflächen
drum mussten wir den Rahmen brechen
und ham' uns hier am Platz getroffen,
jeden Abend Fußball gezockt,
ein Feld auf Stein und Asphalt
dafür mitten im Stadtteil doch,
dann kam die Polizeigewalt.

ARTHUR. Gewalt? WANJA. Sehr wohl! Die Birne hohl,...
SHIRIN. ...den Knüppel draußen, das ist ein Polizist.
Wir werden ihn durchs Viertel jagen
bis er sich verpisst.

ARTHUR. Die nehmen euch beim Fußball hoch,
mich einfach nur beim Chillen
Ich spür' den Haß mein Herz erfüllen…

SHIRIN. ...seh' sie stehen hier mit Handschelle
jeden Tag die gleiche Stelle
nehmen Bullen Leute hoch
Ausnahmezustand, Destination zweite Welle

ARTHUR. Döner? SHIRIN. Hätte Bock.

ARTHUR. Brennt bei dem noch Licht?
WANJA. Nein man der hat dicht
der ist pleite wegen der Krise
an seine Stelle tritt ein Franchise-Riese

ARTHUR. Verdammt Hunger, nix gegessen heute
Schulmensa is over, Leute
Catering-Service ging insolvent
SHIRIN. War nicht schon vor „Corona" klar:
Die Schulmensa ist in Gefahr?
ARTHUR. So ist's, wenn man's beim Namen nennt.

WANJA. Drum lasst uns heute Nacht und morgen,
bis das Elend ist vorüber,
für Gerechtigkeit sorgen,
für das Essen für die Schüler,
für gute Plätze für den Sport,
für unsere Sicherheit,
das heißt ein bullenfreier Ort
im ganzen Viertel zu jeder Zeit;
dass keine Eltern sich Sorgen machen
um die Versorgung ihrer Kids,
dass wir uns draußen treffen können
und man nicht drinnen sitzt.
Lasst uns kämpfen, trotz all unserem Unmut
dann hat die Jugend wieder eine Zukunft!

BERLINER SCHULCHAOS

Das neue Schuljahr beginnt und für viele Schüler und Eltern war es bereits jetzt anstrengend. Denn schon der Wechsel von der Grund- zur Sekundarschule hat seine Schwierigkeiten. Viele Schüler werden bei der Schule ihrer Wahl gar nicht erst angenommen und müssen so oft ungewollt lange Schulwege in Kauf nehmen.

Denn bei der Schulplatzvergabe entscheidet vor allem der Notendurchschnitt der Kinder, von der sogenannten Bildungsgerechtigkeit ist mal wieder keine Spur zu sehen. Wer schon in der Grundschule Schwierigkeiten hat, kommt nicht auf die guten Sekundarschulen. Dabei sind das doch die Schüler, die besonders gefördert werden müssen. Die Kurt-Schwitters-Schule, eine ISS (Integrierte Sekundarschule) mit gymnasialer Oberstufe im Prenzlauer Berg, hat zuletzt nur Schüler mit einem Notendurchschnitt von 1,7 aufgenommen. Teilweise müssen sich die Schüler auch in einer Art Bewerbungsgespräch bewähren. Das ist nicht nur bizarr, sondern auch ein schwerer Schlag für das heranwachsende Selbstbewusstsein, wenn man nach solchen Gesprächen Absagen kassiert. Eltern klagen darüber, dass so schon bei Sechstklässlern starker Leistungsdruck besteht, wenn diese ihre weiterführende Wunschschule besuchen wollen. Wie sogar bürgerliche Zeitungen schreiben:

„„Bei uns wurde viel geschrien", berichtet eine Mutter. Sie habe ihrem Sohn den „Ernst der Lage" erklärt, ihn gedrängt, er müsse mehr für die Schule machen. Der weigerte sich. Playstation-Verbot. „Ich fand das selbst völlig verrückt", sagt die Mutter. „Aber plötzlich war da dieser immense Druck, einen guten Notenschnitt zu haben.""

Bereits im letzten Jahr konnte man lesen, dass in den nächsten zwei Jahren je nach Hochrechnung 10.000 bis 25.000 Schulplätze fehlen werden. Die Schulbehörde sprach zuletzt von 9500. Besonders betroffen sind die Bezirke Pankow, Mitte und Lichtenberg. Ausbaden müssen das die Schüler, indem sie gezwungen werden, von Pankow nach Spandau, von Buch nach Grunewald oder von Lichtenberg an den Ostrand von Marzahn-Hellersdorf pendeln zu müssen. Von Seiten der Senatsverwaltung heißt es dazu, dass Schulwege von bis zu einer Stunde zumutbar seien. Für die Schüler sind diese langen Wege nicht nur zeitraubend, sondern fördern auch soziale Isolation. Mal spontan einen Schulfreund treffen ist kaum möglich, wenn dieser am Ende eines anderen Bezirks wohnt. Dass die von Bildungssenatorin Scheeres beschworene „Schulbauoffensive" Augenwischerei ist, zeigen auch ihre „Corona-Maßnahmen". Wie auf berlin.de zu finden, sieht der Plan folgendes vor:

„Mit Beginn des Schuljahrs 2020/21 werden die Berliner Schulen einen geregelten, durchgehenden Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler anbieten. Dieser Regelbetrieb umfasst den regulären Unterricht, Förder- und Teilungsunterricht sowie weitere verbindliche schulische Angebote und Veranstaltungen. Auch die außerunterrichtliche sowie die ergänzende Förderung und Betreuung (Ganztagsangebote und Hort) werden wieder stattfinden."

Ziel ist also, „Business as usual" machen zu können. Jetzt, wo die Infektionen wieder mehr steigen, sodass schon von einer zweiten Welle gesprochen wird, sollte man eigentlich erwarten dürfen, dass dafür entsprechende weitgehende Schutzmaßnahmen geplant sind. Das ist aber nicht der Fall, im Plan wird nur festgehalten, welche Maßnahmen wegen Defiziten offensichtlich nicht machbar sind, anstatt Lösungen zu liefern. Das setzt die Haltung aus dem letzten Schuljahr fort, bei dem die Probleme einfach auf die Schulleitungen abgewälzt wurden und diese eigenständig Lösungen für Online-Unterricht und Ähnliches finden sollten.

Aufgrund zu voller Klassen bzw. zu kleiner Räumlichkeiten sind die Abstandsregeln nicht einzuhalten. Stattdessen sollen die Schüler nun Masken tragen. Diese werden vom Land aber nicht etwa gesellt, sondern müssen von den Schülern mitgebracht werden – unter Androhung von Strafe. Wozu das führt, ist mindestens jedem aus dem Bildungssektor klar: Es werden wochenlang dieselben Einwegmasken getragen werden, um den neuen Anforderungen zumindest dem Anschein nach gerecht zu werden. Auch die Maskenpflicht an sich ist eher Alibi-Aktionismus. Neben der ohnehin fragwürdigen Effektivität gilt die Pflicht nur in Schulgebäuden, jedoch nicht im Unterricht. Des

Weiteren verhindert auch das fortgesetzte Fehlen von Lehrkräften einen flexibleren Umgang mit der Pandemie.

Es gibt aber auch Profiteure dieser Abwärtsentwicklung. Das Versagen öffentlicher Bildung wird immer stärker mit dem Ausbau des Privatschulwesens ergänzt. Vor zehn Jahren haben 25.000 Berliner Schüler eine Privatschule besucht, letztes Jahr waren es 37.000. Das reiht sich ein in den allgemeinen Trend der BRD-Bildungspolitik. Die gut gepflegte Legende, dass in Deutschland jeder unentgeltlich eine gute Schulbildung erhält ist längst fadenscheinig geworden. Immer unverblümter wird Elitenförderung für eine Minderheit vorangetrieben, während die Mehrheit nur noch ein Mindestmaß an Bildung erhält.

Das alles ist ein weiterer Beleg dafür, dass das Schulsystem wie alles in diesem bürgerlichen Klassenstaat nicht in unserem Interesse organisiert ist. Wir werden schon nach der Grundschule eingeteilt in gymnasial oder Hauptschule. In diesem Alter sind die schulischen Erfolge noch abhängiger von der Möglichkeit der Eltern, den Kindern zu helfen - kein Wunder also, dass ein Großteil der zukünftigen Akademiker bereits Akademikerkinder sind. Wie der Unterricht abläuft, ist auch davon geprägt, dass das Wissen in einen Elfenbeinturm verbannt und denen, die das Schulsystem aussortiert und am Rande liegen lässt, unzugänglich gemacht wird.

Jede Form der Bildung trägt in einer Klassengesellschaft immer den Stempel einer Klasse. Das bedeutet, im Imperialismus wird dem Volk das „Bildungswesen" der Bourgeoisie aufgezwungen. Dem müssen wir die proletarische Bildung entgegensetzen, was nicht getrennt sein darf und kann von der proletarischen Weltrevolution und der Zerschlagung des Imperialismus. Daher ist es nicht schlimm, wenn die Massen in diesem System nicht zur Schule gehen. Denn das hält den Boden fruchtbar für revolutionäre Ideen, und das ist das einzige, was uns tatsächlich vorwärts bringt. Ist es überraschend, dass die Wahlbeteiligung dort, wo auch das „Bildungsniveau" am „niedrigsten" ist, am geringsten ist? Die Leute, die nicht so lange in diesen Staat indoktriniert werden, haben auch das geringste Vertrauen in ihn. Wenn Massen nicht zur Schule gehen wollen, dann ist das gut und nicht schlecht. Dann ist es notwendig für die Revolutionäre, neue Formen zu finden, um den Massen proletarische Bildung zu verschaffen. •

BREMEN

GEGEN IHRE REPRESSION, GEGEN DAS NEUE POLIZEIGESETZ!

Wenn wir uns zwei Jahre zurückerinnern, spielten die neuen Polizeigesetze der einzelnen Bundesländer der BRD eine wichtige Rolle im Sommer 2018. Große Proteste prägten die Landeshauptstädte wie München, Düsseldorf oder Hannover. Hunderttausende gingen bundesweit auf die Straßen, um gegen die Verschärfung der Polizeigesetze zu demonstrieren. Jetzt, zwei Jahre nach den Protestwellen, zieht das Land Bremen nach. Denn die rot-rot-grüne Landesregierung hat Anfang Juni nun ihr eigenes neues Polizeigesetz vorgelegt, das Mitte September beschlossen werden soll. Es gibt aber Unterschiede zu den anderen – scheinbar zumindest. Augenscheinlich steht das Bremer Gesetz nicht in einer Reihe mit denen der anderen Bundesländer. Statt einer offenen Verschärfung ist das Bremer Polizeigesetz eine große Maskerade.

Wenn man große Teile der bürgerlichen Presse anguckt, scheint das Gesetz angeblich so etwas wie ein Markstein in der Geschichte der Polizei in der BRD zu sein. Der Tenor, den sie einschlagen, erklingt als reinstes Loblied auf den Entwurf der Bremer Landesregierung. Denn er besagt, dass das sogenannte „Racial Profiling" zukünftig verboten werden soll.

Mohamed wird vor seiner Wohnung in Gröpelingen von den Bullen ermordet

„Der Anlass für die Identitätsfeststellung nach Nummer 2 darf nicht alleine auf das äußere Erscheinungsbild einer Person zurückgeführt werden und ist auf Verlangen den Betroffenen zu bescheinigen." – wie es im Entwurf heißt.

Das Absurde daran ist seine reinste Überflüssigkeit. Denn das sogenannte „Racial Profiling" ist schon laut Grundgesetz verboten. In Artikel 3 wird die Diskriminierung und Benachteiligung ganz klar und deutlich verboten.

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Die Bullen schaffen es schon nicht, sich an die Verfassung zu halten, warum sollten sie es nun im Fall des Bremer Polizeigesetzes tun. Rassistische und chauvinistische Kontrolle und Schikane sind Alltag in Bremen und überall sonst in der BRD. Das hat sogar die Bremer Landesregierung mit ihrem neuen Entwurf eingestanden. Doch sie ändert nichts daran, auch nicht durch neue Gesetze oder doppelt gemoppelte „Verbote". Das einzige was neu ist, ist das man sich die Bullenschikane jetzt noch quittieren lassen kann. Bullen werden weiter Menschen mit dunklerer Hautfarbe schikanieren, hauptsächlich in den Arbeitervierteln. Wie der Mord an Mohamed I. in Gröpelingen im Juni gezeigt hat.

Was durch den großen Applaus für das neue Polizeigesetz unter den Tisch fällt, sind seine anderen Punkte. Diese triefen geradezu vor Repression. Die Polizei soll künftig schon präventiv Mobiltelefone überwachen dürfen, wenn ein Verdacht besteht. Diese Befugnis greift noch weiter in die Unverletzlichkeit der Wohnung, die im Grundgesetz verankert ist, ein und wird auch von Juristen und Anwälten kritisiert. Die revolutionäre Bewegung wird dies sicher noch zu spüren bekommen. Dazu soll unter anderem die Verlängerung der Gewahrsamnahme auf 96 Stunden ausgedehnt, und mit Inkrafttreten des Gesetzes die Videoüberwachung in der Stadt ausgeweitet werden. Zum jetzigen Zeitpunkt wird nur der Bahnhofsvorplatz am Hauptbahnhof, der des Vegesacker Bahnhofs und die Discomeile am

Breitenweg Videoüberwacht. Diese Überwachung soll auf weitere Orte ausgeweitet werden und zudem sollen auch Großveranstaltungen umfassend durch Kameras beäugt werden dürfen. Vorwand dafür ist das angeblich gefallene Sicherheitsgefühl der Bevölkerung was mit dem bröckelnden Beispiel der Silvesternacht in Köln im Jahr 2015 untermauert wird. So offenbart sich das neue Bremer Polizeigesetz als reine Farce und wird für die Bullen zu einer neuen Waffe. Es ist wie ein aufwendig geschmücktes Geschenk mit hübschen Papier, schön dekoriert mit vielen Schleifchen. Zunächst schauen wir uns das Geschenk immer von außen an und so betrachtet, sieht es schön aus. Doch schauen wir hinein, sehen wir den Mist, der drin ist und erkennen, dass er durch das ußere nur vertuscht wurde. Da hilft auch nicht die aufwendige Kampagne in den bürgerlichen Medien.

Das neue Polizeigesetz öffnet den Bullen nicht nur neue Bahnen zur Intensivierung der Repression, sondern schließt auch alte Lücken und sorgt dafür, dass die Polizei ein bisschen mehr rechtlich auf der Höhe mit dem ist, was sie auf der Straße macht. Seit Beginn des Ausnahmezustands ist die Polizei deutlich aggressiver aufgetreten und damit mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Das Gesetz legitimiert die bereits geschehene Steigerung der Repression ein Stück weit, weil es den Bullen mehr Rechte einräumt. Zudem ergänzt es die vorangetriebene Militarisierung der Gesellschaft. Einerseits werden Bullen zu Kontrollen in die Bahn geschickt und kontrollieren Leute unter dem Infektionsschutzparagraphen immer willkürlicher, andererseits wird es ihnen jetzt offiziell erlaubt, nach Belieben Leuten die Wohnungstür einzutreten und private Kommunikation zu überwachen.

Das Bremer Polizeigesetz ist weder Einzelfall noch Besonderheit, sondern reiht sich ein in eine Menge Gleichartiger, die in den verschiedenen Bundesländern beschlossen wurden. Die Bremer Landesregierung erfüllt damit ihren Zweck als Teil der Diktatur der Bourgeoisie, ihrer Verteidigung und Aufrechterhaltung. Jeder, der versucht das neue Bremer Polizeigesetz zu verharmlosen, als „nicht so schlimm", „milde" oder gar als „fortschrittlich" bezeichnet, sollte sich überlegen auf welcher Seite er/sie steht. Jeder Widerstand gegen diese Verschärfung der Repression (und ihre Legalisierung) ist gerechtfertigt und absolut notwendig. Die „Corona-Ferien" der revolutionären Bewegung in Bremen sind vorbei. Die neuen Polizeigesetze in ganz Deutschland weisen auch darauf hin, in welche Richtung sich der Staat bewegt: Sie kennzeichnen die faschistische Tendenz der BRD, der die parlamentarischen Mittel knapp werden. Abermals werden elementare Paragraphen aus der Verfassung einfach fallengelassen. Was bedeutet das? Die Herrschenden bereiten sich vor auf einen vielfach verstärkten Klassenkampf, der sie in die Enge treibt. Es ist Ausdruck ihrer Not und unserer Kraft. •

Chauvinistische Intensivkontrollen durch die Polizei

HAMBURG

KEIN ALKOHOLVERKAUF IST AUCH KEINE LÖSUNG

Wir haben mit mehreren Kioskbetreibern im Hamburger „Szeneviertel" über das „Alkoholverkaufsverbot" gesprochen. Der Verkauf von Alkohol ist nun im Schanzenviertel am Wochenende ab 20 Uhr für Kioskbetreiber verboten. In den Bars und den umliegenden Supermärkten kann jedoch weiterhin Alkohol verkauft werden.

Was die Ergebnisse unserer Gespräche mit den Betreibern hervorheben, ist der Klassencharakter dieser Maßnahmen des bürgerlichen Staates, die im Namen des Infektionsschutzes durchgesetzt werden. Die Maßnahmen sind ein Beispiel dafür, dass der bürgerliche Staat diese Krise, die nichts anderes ist als eine weltweite Wirtschaftskrise, für seine Zwecke ausnutzt. Er benutzt diese Krise dafür, Gesetze durchzudrücken, die vorher nicht erlaubt waren. Der Ausnahmezustand soll die „neue Normalität" werden.

Die BRD versucht, das Bild des Wohltäters aufrecht zu erhalten, aber es wird immer deutlicher: Er rettet nur die Monopole, in die er Milliarden pumpt, während die Arbeiterklasse und das Volk diese Krise ausbaden. Viele kleine Betriebe mussten bereits pleite gehen oder wissen nicht, ob und wie es mit ihrem Betrieb weiter gehen soll.

Das Alkoholverkaufsverbot wirkt sich für die Kioskbetreiber als eine Beschwerung der Last durch die ökonomische Krise aus. In den letzten Monaten haben viele Probleme bekommen – weniger Einnahmen, während die Fixkosten eben weiterliefen. Ein Kioskbetreiber, der vor einiger Zeit schon in diese Situation geraten ist, sagt:

„Und was danach passiert, weiß keiner, die Soforthilfe hat nur für ein, zwei, drei Monate gereicht, deswegen sollte man kleine Unternehmen unterstützen, eine zweite Hilfe wäre logisch gewesen, die erste bringt gar nichts."

Ein paar hundert Euro Zuschüsse habe es gegeben, das war alles – nicht zwingend genug, um den Laden am Laufen zu halten und erst recht nicht genug für das, was jetzt kam. Die Betreiber sprechen von einem Umsatzverlust von z.T. um die 80 Prozent seit Inkrafttreten des Alkoholverkaufsverbots. Widersetzen sich die Kioske, drohen Strafen in Höhen von bis zu 25.000 Euro. Da lohne es sich auch nicht mehr, nur zu versuchen, weiter Alkohol zu verkaufen. Man erinnert sich:

„Ein anderer Kiosk musste jetzt schon 5000€ Bußgeld bezahlen. Der Betrag verdoppelt sich auch bei jedem Mal, irgendwann wird einem dann die Lizenz entzogen und dann muss man den Laden ganz dicht machen. Das Ordnungsamt war neulich da und hat nur darauf gewartet, dass wir Alkohol verkaufen. Dann haben sie gesehen: Scheiße, die verkaufen gar keinen Alkohol."

Und weiter: *„Ich hab jetzt auch teilweise früher dicht gemacht, weil das hat sich einfach nicht gelohnt hier zu stehen, wir haben teilweise an einem Tag nur 200€ eingenommen. Letztens war die Polizei hier noch mehr präsent, da hat alles noch aufgehabt, da standen die hier mit Mannschaftswagen. Bei den Großkonzernen ist das egal, aber hier machen die so einen Stress, wenn ein paar Leute vor dem Laden stehen. Hier kommen auch immer die gleichen Leute vom Ordnungsamt her, und stellen immer die gleichen Fragen, einfach um zu kontrollieren. Die Bars und Cafés unterstützen uns mittlerweile auch, weil die gecheckt haben, dass hier auch viele Leute wegen den Kiosken herkommen."*

Das Verkaufsverbot führe auch zu schlechter Laune bei den Kunden und den meisten Leuten im Viertel. Andere würden aber auch, ganz im Sinne der Propaganda der Herrschenden, die „billigen Kioske" als Ursache des ganzen Problems bezeichnen; missachtend, dass Supermärkte viel billiger sind und die Kioskpreise „zwischen Rewe und denen von Kneipen" seien. Und auch die Gesamtsituation, die verstärkte Bullenpräsenz, Kontrollen und Maßnahmen gegen Verstöße eingeschlossen, schlägt sich in der Stimmung der Leute im Viertel nieder:

„Es hat sich hier verändert in dem Sinne, die Leute fühlen sich nicht wohl hier, die Leute sollte man in Ruhe lassen, das macht die Leute nur noch aggressiver. Überall stehen die Autos, überall deren Busse, allein in dem Bus sind immer mindestens 10 Bullen. Hier laufen auch Zivis mit Kameras rum, die gucken, ob jemand mit Alkohol hier rausgeht. Die standen hier auch letztens mit Kameras auf der Brust und haben jeden gefilmt, der hier rauskam. Das

schlimmste war neulich: zwei Bullen standen auf jeder Seite von der Tür, einer links, einer rechts, bis wir dicht gemacht haben."

Ein anderer Kioskinhaber sagt dazu: *„Das ist auch einfach ein Sehen und Gesehen-Werden hier. Viele sagen, dass die Polizisten übertreiben. Was ich auch glaube, ist, die wollen hier das Viertel ein bisschen trocken halten, das versuchen die schon seit Jahren."*

Über das zukünftige Vorgehen und die Verlängerung des Verbots beraten die Bezirksämter auf wöchentlichen Treffen. Im August ist eine Fortsetzung definitiv geplant, da es wieder so warm sei und die Menschen sich deswegen noch zuhauf draußen aufhalten würden. Den eigentlichen Zweck der Besprechungen, nämlich, dass es nicht um das *ob*, sondern um das *wie* geht, zeigt auch einer der Kioskbesitzer auf:

„Das Gesetz soll dauerhaft gemacht werden, dass hier dauerhaft Alkoholverkaufsverbot ist. Nach dem Grundgesetz dürften die das gar nicht, aber weil Ausnahmezustand ist, verteilen die hier einfach Bußgelder, sagen die uns einfach, dass wir den Laden zumachen sollen. Und seit Jahren wird das versucht, um uns zu schikanieren. Der Mann vom Bezirksamt meinte auch, wegen Corona können sie sich vieles erlauben, weil gerade Ausnahmezustand ist."

Es gibt anfängliche kollektiv organisierte Protestaktionen der Kioskbetreiber gegen das Alkoholverkaufsverbot. Ende Juli schlossen alle Kioske auf dem Kiez für einen Tag als Boykottaktion. Zudem wird versucht, mit einem neu ins Leben gerufenen Verein, möglichst viele Kioskbesitzer zusammenzubringen. Diese beiden Punkte hält ein Inhaber treffend fest und erklärt, was er noch alles erwartet: *„Man muss zusammenhalten und eine Masse von Menschen sein, die Anwohner sind auch auf unserer Seite, ohne Kioske geht's nicht, es gibt aber auch Anwohner, die dagegen sind, aber es wissen alle, wie das Viertel ist, und wegen Corona machen sie jetzt so einen Aufstand. Ich sag mal, Corona hat auch noch den Schub gegeben, dass alles verboten wird, alkoholmäßig. Sicherlich werden die in Zukunft eine bestimmte Zeit sagen, ab 22 Uhr oder so sollen alle Kioske geschlossen werden. Was kaum jemand weiß, es gibt kein Ladenöffnungsgesetz in Deutschland, außer dass man Sonntag zu haben muss, aber bestimmt führen die in Zukunft eine Zeit ein, ab wann man zumachen muss."*

Mit dem Alkoholverkaufsverbot wird faktisch dafür gesorgt, dass kleine Kioske pleite gehen. Diese Maßnahme sorgt weder dafür, dass die Leute nicht draußen sind, noch, dass sie keinen Alkohol mehr auf der Schanze konsumieren. Die Möglichkeit, die Bullenpräsenz gerade hier zu verstärken, kommt den Herrschenden sehr recht, insbesondere in Zeiten, in denen die Menschen durch die Einschränkungen frustriert sind und viele nicht wissen, wie es weitergehen soll. Das Alkoholverkaufsverbot ist auch ein Versuch, die Rebellion der Massen in Schach zu halten und uns an den Ausnahmezustand zu gewöhnen. Abermals offenbaren die durchweg mit dem Vorwand des Infektionsschutzes angeordneten „Corona-Maßnahmen" ihren ökonomischen und ihren politischen Zweck.

Die einzige Waffe, die in diesen Tagen bleibt, ist die Organisation, in der die Kioskbesitzer des Schanzenviertels bereits erste Schritte getan haben. Sich zusammenzutun um Widerstand zu leisten, ist ein wichtiger Schritt, der in allen Bereichen, wo die Krise einschlägt, entwickelt und ausgebaut werden muss, um für unsere Interessen zu kämpfen und sie zu verteidigen.•

DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM SEPTEMBER

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

Demonstration gegen das Polizeigesetz
12. September - 17 Uhr - Am Brill

FREIBURG:

Café Popular - Linkes Zentrum Jadelante!
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - 13 Uhr

HAMBURG:

Veranstaltung über politische Gefangene in Peru
Kulturladen St. Georg - Alexanderstraße 16
25. September - 18 Uhr